

#### Inhalt:

**Illegale Zuwanderung: Stopp dem Laisser-faire der linken Städte**

Titelseite

**Der Besuch der «Spanischen Lady»**

Seite 2

**Vorsicht – falsche Polizisten!**

**Vorsicht: Elektronische Spionage**

Seite 3

**Parlament kann mitreden**

Seite 4

**Eine liberale Sicht auf das «Nein» des Bundesrates zum Rahmenabkommen**

Seite 5

**Zehntausend Afghanen – oder «dörf's es bitzeli meh sii»?**

Seite 6

**Ausländer in Deutschland:**

**Jeder Vierte hat Migrationshintergrund**

Seite 7

**Bundesrätin Sommaruga auf**

**Arbeitsbesuch in Senegal und Ghana**

Seite 8

Nr. 3/2021

# PIKOM

PARTEIUNABHÄNGIGES INFORMATIONSKOMITEE

# INFO

## Illegale Zuwanderung: Stopp dem Laisser-faire der linken Städte



Von  
Martina Bircher,  
Nationalrätin und  
Frau Vizeamman,  
Vorstandsmitglied  
PIKOM,  
4663 Aarburg AG

Illegale Migranten haben zwar keine Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz. Trotzdem profitieren sie von unserem System, das die arbeitende Schweizer Bevölkerung über Steuern und Abgaben finanziert. Die von der Linken geprägte Bezeichnung «Sans Papiers» ist eine bewusste Verharmlosung der Problematik dieser illegalen Migration. Damit muss jetzt endlich Schluss sein. PIKOM und die SVP fordern in einer Reihe von Vorstössen, dass Illegale endlich als das behandelt werden, was sie sind: Personen, die gegen unsere Gesetze verstossen und die das Land unverzüglich zu verlassen haben.

Vor allem in den linken Städten sind illegale Zuwanderer mehr als geduldet. Sie können ihre Kinder zur Schule schicken, Wohnungen mieten und die Polizei ist angewiesen, beide Augen zuzudrücken. Ja, Städte wie Zürich wollen den illegalen Zuwanderern nun sogar mit einer sogenannten «City Card», einer Art städtischem Ausweis, noch mehr Rechte zugestehen.

PIKOM lehnt dies entschieden ab. Wer gegen unsere Gesetze verstösst und sich illegal in der Schweiz aufhält, soll nicht mit Wegschauen und Vergünsti-

gungen belohnt werden, die wir mit unseren Steuergeldern bezahlen müssen. Mit einer Reihe von in der aktuellen Sondersession eingereichten Vorstössen will die SVP-Fraktion diesem linken gesetzeswidrigen Schlendrian endlich Einhalt gebieten.

#### Konkret fordert PIKOM, dass

- ◆ das Bundesgesetz über die **Krankenversicherung (KVG)** dahingehend geändert wird, dass **wer sich illegal und ohne Aufenthaltsgenehmigung** in der Schweiz aufhält, **von der Versicherungspflicht ausgenommen** ist. Die Gesundheitskosten dieser Personen sollen neu stattdessen von den Gemeinden (und Kantonen) finanziert werden, die den rechtswidrigen Zustand dulden.
- ◆ die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass **illegale Zuwanderer künftig keine Leistungen der IV** mehr ausbezahlt erhalten.
- ◆ die behördliche Meldepflicht ausgebaut wird: **Bildungseinrichtungen sowie Sozialversicherungsträger** wie Krankenkassen, Ausgleichskassen und Einrichtungen der beruflichen Vorsorge **müssen künftig die Ausländerbehörden von Bund und Kantonen informieren**, sobald sie von illegalen Aufenthaltern Kenntnis erhalten. Zudem ist der Datenaustausch zwischen Behörden und Sozialversicherungen zu systematisieren.
- ◆ wesentliche **Vertragsabschlüsse wie Arbeits-**

**verträge, Mietverträge, Bankverbindungen, Mobilfunkverträge etc. nur bei Vorliegen einer Wohnsitzbestätigung** einer Gemeinde getätigt werden können.

- ◆ die **Wohnsitzgemeinde**, die Illegale duldet, **sämtliche von diesen verursachten Kosten** übernehmen muss.
- ◆ die gesetzlichen Grundlagen dahingehend angepasst werden, dass kommunale und kantonale Identifikationsdokumente für Illegale wie sogenannte **«City-Cards» nicht zulässig** sind.
- ◆ die **Strafen für Arbeitgeber, Arbeitsvermittler und Vermieter**, die illegale Zuwanderer anstellen, vermitteln oder ihnen eine Wohnung vermieten, **verschärft werden**.
- ◆ der Bundesrat den 1991 unterzeichneten **UNO-Pakt «Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte»** kündigt. Der Pakt ist sodann mit dem Vorbehalt, dass alle darin aufgeführten Rechte **nur für Personen mit legalem Aufenthalt** gelten, umgehend wieder zu unterzeichnen.



Zürich

Bild pixabay.com

# Der Besuch der «Spanischen Lady»

## Wie die Schweiz die Pandemie von 1918-1920 bewältigt hat

Corona hat den öffentlichen Diskurs fest im Griff. Ebenso steigen die Ausgaben der öffentlichen Hand im Zuge der Coronakrise immer weiter an. Mittlerweile hat der Bund mehr als 39 Milliarden Franken zur Bewältigung der Pandemie gesprochen. Zusätzlich kommen Ausgaben der Kantone in der Grössenordnung von schätzungsweise 2 Milliarden Franken. In der mittlerweile überarbeiteten Risikoanalyse des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz von 2015 wurde eine Pandemie als Jahrhundertereignis kategorisiert. Doch wie hat die Schweiz auf die letzte Pandemie – die Spanische Grippe von 1918-1920 – reagiert? Wieviel Geld haben der Bund und die Kantone für deren Bewältigung bereitgestellt?

Schätzungsweise die Hälfte der Schweizer Bevölkerung hatte sich mit dem Virus infiziert. Die Seuche forderte nach offiziellen Angaben hierzulande 24'449 Tote. Besonders betroffen war dabei die Alterskohorte der 20- bis 40-Jährigen (vgl. Sonderegger u. Tscherrig 2016). Sie stellte die Mehrheit der Toten. Weltweit werden die Todeszahlen mit entsprechend variierender Dunkelziffer zwischen 50 und 100 Millionen geschätzt – potenziell mehr als in beiden Weltkriegen zusammen (vgl. Spinney 2018).

Und dennoch hat sich diese Pandemie nur schwach in der Erinnerungskultur festgesetzt. Die Spanische Grippe kann berechtigterweise als «vergessene Katastrophe» bezeichnet werden. Überschattet von den Wirren des Ersten Weltkrieges und den Geschehnissen des Landesstreiks, wurde die Pandemie in ihrer Zeit zwar durchaus als krisenhaftes Ereignis wahrgenommen. Das Gesundheitswesen war denn auch komplett überlastet. Die Historikerin Laura Spinney beschreibt es so: «Die Spanische Grippe schlägt sich in persönlichen Erinnerungen nieder, nicht im kollektiven Gedächtnis. Sie steht uns nicht als historische Katastrophe vor Augen, sondern bildet sich in Millionen einzelner privater Tragödien ab.» Ein aussagekräftiges Beispiel stellt die erstmalige Verschiebung einer Volksabstimmung dar: Nicht aber etwa wegen der Spanischen Grippe wurde diese verschoben, sondern im Jahr nach der Pandemie wegen einer ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche.

Die Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Diskurses war durch den ersten Weltkrieg und den Landesstreik offenbar bereits ausgereizt. Die Seuche verkam zu einem «Anhängsel der politischen Geschichte». Die zeitgenössische Berichterstattung fokussierte auf die Ausbrüche bei der mobilisierten Armee. Doch auch hier warf der Landesstreik seinen Schatten und stilisierte die Ereignisse zum Politikum. Sah das Oltner Komitee im Truppenaufgebot des Bundesrates den hiesigen Haupttreiber der Seuche, machten die Vertreter der Bürgerlichen die Arbeiterschaft selbst dafür verantwortlich. An

die zivilen Opfer, die rund 94% aller Grippetoten ausmachten, wurde kaum erinnert.

### Geringe Belastung der Staatsfinanzen

Trotz des vermeintlichen «Vergessens» blieb die Politik keineswegs passiv. Verschiedene Kantone forderten den Bundesrat auf, ihre Bestrebungen zur Bekämpfung der Influenza finanziell zu unterstützen. Dazu willigte der Bundesrat schliesslich einen Monat nach der Niederlegung des Landesstreiks ein.

Die Ausgaben, welche der Bundesrat kompensierte, umfassten die Errichtung und Unterhaltung von Notspitälern, die Unterstützung von «brotlos gewordenen» Angestellten behördlich geschlossener Betriebe und gar Entschädigungen an Ärzte zur administrativen Bewältigung der neu verfügbaren Meldepflicht. Unterstützung erhielten ferner die Krankenkassen. So sprach der Bund drei Millionen Franken, um die hohe Belastung der Versicherungen zu mildern.

Um Zugang zu den Bundesbeiträgen zu erhalten, mussten die Kantone sämtliche Ausgaben zur Prüfung einreichen. Darin enthalten waren auch die Ausgaben der Gemeinden. Dadurch ergibt sich anhand der Staatsrechnungen von 1919 und 1920 ein gesamtheitliches Bild der Grössenordnung sämtlicher Ausgaben der öffentlichen Hand: Insgesamt beliefen sich die ausgewiesenen Bundesausgaben demnach auf 4,2 Millionen Franken. Die Gesamtausgaben des Bundes betragen im Jahr 1920 383 Millionen Franken.

Im Aggregat summierten sich die Ausgaben zur «Bekämpfung der Influenza» auf 6,1 Millionen Franken. Angepasst an die Veränderung der Konsumentenpreise ergibt sich ein Gegenwert von 28,4 Millionen Franken. Somit reservierte der Bund ein Prozent seiner Ausgaben zur Bewältigung der Gesundheitskrise. Setzt man diese Ausgaben ins Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt kurz vor Kriegsausbruch käme dies einem Promille gleich – einem Bruchteil dessen, was derzeit für die Bewältigung der Corona-Pandemie aufgewendet wird.

### Privates Engagement

Des Weiteren ist bezeichnend, dass der Bundesrat trotz den Vollmachten, die ihm im Zuge des Ersten Weltkrieges verliehen wurden, nicht die alleinige Kompetenz zur Bewältigung der Krise an sich riss. Er erweiterte die Befugnisse des Bundes lediglich um eine unterstützende Funktion. Vielmehr waren es die Kantone, welche die wesentlichen staatlichen



«Spanische Grippe» während des 1. Weltkriegs 1918. (ETH-Bibliothek Zürich, Bildarchiv)

Akteure bei der Bekämpfung der Influenza darstellten. Sie meldeten dem Bund 3,1 Millionen Franken an Ausgaben, wovon zwei Drittel zur Bundesunterstützung qualifizierten. Wiederum zwei Drittel jener kantonalen und kommunalen Ausgaben wurden zur Pflege der Erkrankten aufgewendet, eine weitere halbe Million für die Errichtung der Notspitäler.

Von besonderer Bedeutung war das private Engagement. Dieses hatte einen zentralen Stellenwert in der Bewältigung der Gesundheitskrise. Verschiedene Frauenorganisationen zeichneten sich bei der Einrichtung und Unterstützung der Pflege in den Notspitälern aus. Sie leisteten einen gewaltigen Effort für das Gesundheitswesen, das einen fast kompletten Zusammenbruch erlitten hatte.

Die staatlichen Massnahmen erschöpften sich aber keineswegs im Finanziellen. Kantone und Gemeinden wurden weitreichende Einschränkungen der Grundrechte ermöglicht. Den einschränkenden Verordnungen, etwa den erlassenen Versammlungsverboten, wurden alsbald politische Motive unterstellt. So sollte damit die sozialdemokratische Bewegung in ihrer Organisation behindert und weitere Streiks und Proteste unterbunden werden. Der Schatten des Landesstreiks machte sich stetig bemerkbar.

Letzten Endes ist es äusserst anspruchsvoll, historische Vergleiche anzustellen und den vielschichtigen Kontext und den veränderten Diskursen gerecht zu werden. Der letzten Pandemie begegnete der Bund aber sicherlich mit einer restriktiveren Ausgabenpolitik. Im institutionellen Geflecht der Schweiz waren es vorwiegend die Kantone, die sich der Gesundheitskrise stellten und nicht der Bund. Der Blick zurück stellt zudem die vermeintliche Alternativlosigkeit in der gegenwärtigen Bewältigung der Coronakrise in Frage und zeigt, dass in der Schweiz bereits ein reicher, historischer Erfahrungsschatz im Umgang mit Pandemien bestünde, den es aber zu beachten und zu analysieren gälte.

Von Mario Bonato, *avenir-suisse*

# Vorsicht – falsche Polizisten!



Von  
Erich J. Hess  
Unternehmer,  
Nationalrat und  
Stadtrat (SVP),  
Bern

Eine Medienmitteilung der Aargauer Kantonspolizei lässt aufhorchen. Betrüger, die sich am Telefon als Polizisten ausgeben, sind weiterhin sehr aktiv. So plump die Masche auch ist, fordert sie laufend neue Opfer. Die Deliktsumme beläuft sich allein für dieses Jahr auf über eine halbe Million Franken, alleine im Kanton Aargau!

## Über 30 Meldungen an einem Tag

Allein an einem Tag verzeichnete so die Kantonspolizei über 30 Meldungen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern, die Anrufe von falschen Polizisten erhalten hatten. In bekannter Manier war darin von Einbrechern die Rede, welche in der Nachbarschaft ihr Unwesen trieben und nun nach dem Vermögen der angerufenen Person trachteten. Dieses sei nur sicher, wenn es der Polizei übergeben würde.

## Immer wieder erfolgreich

Die Polizei kennt das Betrugsphänomen der falschen Polizisten inzwischen seit mehreren Jahren. In diesem Jahr sind bereits über 800 Anrufe gemeldet worden. Dass die plumpe Masche nach wie vor funktioniert, zeigen die 20 Fälle, bei denen die Täterschaft zum Erfolg kam. Die Betrüger erbeuteten Bargeld und Schmuck im Wert von rund 550'000 Franken.

## Raffinierte Betrüger am Werk

Hinter der Betrugsmasche stecken professionelle Betrüger, die aus dem Ausland operieren. Sie betreiben eigentliche Call-Center, von wo systematisch potentielle Opfer angerufen werden. Dabei scheinen die Kriminellen auf Tagesbasis gewisse Gemeinden regelrecht abzuarbeiten. Beisst ein Opfer an, kommen Komplizen zum Einsatz, welche im Land weilen und die Beute persönlich abholen. Es handelt sich dabei häufig um junge, sportlich gekleidete Männer, die deutsch oder sogar Mundart sprechen. Dazu werden die Opfer angewiesen, Bargeld, Schmuck und andere Wertsachen im Briefkasten oder anderswo bereitzulegen.

## Wesentliche Merkmale

Praktisch durchwegs weisen die Betrugsanrufe folgende Eigenschaften auf:

Die Anrufe gehen immer auf Festnetznummern ein. Es werden fast ausschliesslich Personen angerufen, welche über einen Eintrag in öffentlich zugänglichen Telefonbüchern verfügen. Die Nummern der

Anrufer weisen in den letzten Wochen sehr häufig die Vorwahl «077» auf. Die Anrufer sprechen in aller Regel hochdeutsch. Wird ausnahmsweise schweizerdeutsch gesprochen, könnte es sich dabei um einen Lockvogel handeln, welcher als Türöffner fungiert und später das Telefon einem hochdeutsch sprechenden Betrüger übergibt. Sie nennen sich oftmals «Polizist Hofmann» oder «Polizist Fröhlich».

Der Fokus der Betrüger liegt klar auf älteren Menschen. Vielfach deuten die Namen der Angerufenen auf eine ältere Person hin («Elisabeth», «Rosmarie», «Hans», «Josef» etc.)

## Die wichtigsten Ratschläge

Lassen Sie sich nicht auf verdächtige Anrufe ein und beenden Sie diese. Geben Sie am Telefon niemals vertrauliche Informationen preis. Erkundigen Sie sich bei Ihrem Telefonanbieter nach einem Filter, der solche Anrufe blockiert (zum Beispiel Callcenter von Swisscom). Denken Sie daran, dass die richtige Polizei niemals telefonisch jemanden anweisen würde, ihr Wertsachen zu übergeben. Um den Schwindel noch echter aussehen zu lassen, raten die Betrugsanrufer ihren Opfern, sogleich den Polizeinotruf 117 zu wählen, um sich zu vergewissern. Nur, wer den Anruf tatsächlich beendet, ist sicher, danach nicht wieder die Betrüger in der Leitung zu haben. Legen Sie also den Hörer wirklich auf oder drücken Sie den entsprechenden Knopf, um die Verbindung zu trennen. Melden Sie Betrugsanrufe der richtigen Polizei (Notruf 117).

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU haben solche Betrugsmaschen und allgemein die Kriminalität leider massiv zugenommen. Deshalb ist es zwingend nötig, die Personenfreizügigkeit sofort zu kündigen und ein Kontingentsystem einzuführen, damit nur noch Ausländer in die Schweiz kommen, welche einer seriösen Arbeit nachgehen und nicht kriminell sind.

Ich wünsche Ihnen nun einen fröhlichen Tag ohne Polizist Fröhlich und helfen Sie mit und sensibilisieren Sie ältere Menschen, Verwandte und Bekannte aus Ihrem Umfeld über diese fieseren Betrugsmaschen, welche leider überall in der Schweiz vorkommen können!

Bild Shutterstock.com



# Vorsicht: Elektronische Spionage

Von Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann,  
D-Königwinter/Bonn

Der soeben, allgemein als überaus seriös geltende Jahresbericht des Verfassungsschutzes Baden-Württemberg, dessen Erkenntnisse mit Sicherheit in ähnlicher Form auch für die Schweiz zutreffen, schreibt eingangs «Spionage hat einen Level erreicht, wie wir es seit dem Kalten Krieg nicht mehr gesehen haben». Bei deren Informationsgewinnung kommt den elektronischen Angriffen eine immer grössere Bedeutung zu. Ziel sind besonders Unternehmen Maschinenbau und Technischer Handel. Man muss heute in Deutschland mit «täglich durchschnittlich 31 Millionen allgemeinen Cyberangriffen» rechnen!

Charakteristisch für die Wirtschaftsspionage Pekings sind einmal finanzielle Beteiligungen und Unternehmensübernahmen bei bedeutenden Industriezweigen, betroffen ist primär die Automobilbranche, zum anderen bemüht sich die Volksrepublik verstärkt um Experten, Wissenschaftler und Manager von Universitäten und Forschungsinstituten. Bei Fach-Tagungen und -Kongressen werden von anwesenden Vertretern der Botschaft Chinas geeignete Personen ausgewählt, die im Nachgang eine Einladung nach Peking erhalten. In das Land einreisende Ausländer unterliegen einer «weitgehend lückenlosen Kontrolle». Eine nachrichtendienstliche Ausspähung dieser Personen, von ihnen mitgeführter Unterlagen oder mobiler elektronischer Endgeräte «ist kaum noch zu verhindern».

Bei den Nachrichtendiensten Russlands steht die politische Spionage gegen die NATO und die EU weiter im Vordergrund. Verstärkt festzustellen sind Bestrebungen, die politische Meinung in Deutschland im Sinne Moskaus zu steuern. Ziel der Propaganda ist es, eine bestimmte Reaktion zu erzeugen. Massgebend ist dabei nicht der Wahrheitsgehalt, sondern die zielgerichtete Auswahl oder Manipulation der Nachricht. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Internet-Sender «Russia To-day» und die Nachrichtenagentur «Sputnik»; beide sind bemüht, nicht als Propaganda-Einrichtungen, sondern als seriöse Berichterstatter wahrgenommen zu werden. Eine weitere Form diverser Einflussoperationen ist die Desinformation, also die gezielte Verbreitung falscher Nachrichten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Dem Verfassungsschutz in Baden-Württemberg sind in jüngster Zeit auch die Spionagedienste der Türkei, des Irans und Syriens aufgefallen, deren wichtigstes Ziel die Bekämpfung der Opposition ihres jeweiligen Regimes ist.

# Parlament kann mitreden

Von Urs Früh, 9630 Wattwil

## UNO-Migrationspakt

Es bleibt dabei: Der Bundesrat unterstützt weiterhin den UNO-Migrationspakt. Dieser sei im Interesse der Schweiz. Davor konsultiert er aber das Parlament. Zum Hintergrund: Im Dezember 2018 wurde der Migrationspakt an einem Gipfel in Marokko besiegelt. Die UNO legte damit zum ersten Mal Grundsätze für den Umgang mit Migrant\*innen fest. Widerstand kam hierzulande vor allem aus dem Par-

lament. Befürchtet wurde, aus dem rechtlich nicht bindenden Pakt könnten politische Forderungen abgeleitet werden. Der Bundesrat ist aber überzeugt, dass durch die Zustimmung zum Pakt weder neue finanzielle Verpflichtungen noch innenpolitischer Handlungsbedarf entstünden. Es gehe um sichere Grenzen oder die Bekämpfung von Menschenhandel. Der Bundesrat wird den Pakt nun dem Parlament vorlegen. Selbst wenn die Räte den Pakt ablehnen, könnte die Landesregierung am Ende zustimmen.

# Nach 30 Jahren: Aufenthalt nicht mehr bewilligt

Bundesgericht, Urteil vom 28. Dezember 2020 (2C\_601/2020)

Ein türkischer Staatsanhöriger kam 1991 als Fünfzehnjähriger in die Schweiz. Hier arbeitete er temporär als Hilfsarbeiter und Dachdecker. Das Migrationsamt verwarnte ihn mehrmals, da er immer wieder straffällig wurde und seit 2005 von der Sozialhilfe lebte. Der Mann verschuldete sich und wurde erneut straffällig. Nun wurde seine Aufenthaltsbewilligung nicht mehr verlängert. Dagegen wehrte er sich bis vor Bundesgericht. Er argumentierte, die Massnahme sei unverhältnismässig und eine Rückkehr in die Türkei für ihn nicht zumutbar.

## Die prägenden Jahre

Das Gericht hielt fest, der Widerruf der Bewilligung sei begründet, da der Mann seit 2005 Sozialhilfe beziehe. Eine Verbesserung sei nicht in Sicht, zumal er auf dem Arbeitsmarkt nie Fuss fassen könne. Er sei erst mit 15 in die Schweiz gekommen, habe also die prägenden Kindheitsjahre in der Türkei verbracht. Seine Muttersprache sei nach eigenen Angaben Türkisch. Es sei ihm zuzumuten, etwa den Kontakt mit seiner Tante in der Türkei wieder aufzunehmen und sich dort einzugewöhnen. Das Gericht befand unter Würdigung aller Umstände, es sei für ihn verhältnismässig, in die Türkei zurückzukehren. Endlich einmal ein erfreuliches Urteil.

# «Deutsche Flüchtlings- 'Politik'»

Von Dr. iur. Friedrich-Wilhelm Schломann,  
D-Königswinter/Bonn

Seit Jahren versucht die EU-Kommission, endlich der Flüchtlingskrise Herr zu werden. Die traurige Bilanz beginnt mit dem verheissenen Beauftragten für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber, über den überaus viele rhetorische Gaukeleien existieren – nur er selber immer noch nicht. Im Rahmen der Dublin-Verträge nimmt Deutschland viel mehr Flüchtlinge auf, als es Menschen an europäische Nachbarn zurückschickt; diese waren aufgrund der Dublin-Vereinbarungen zur Rücknahme verpflichtet. Stolz verkündet Berlin, inzwischen 26 Personen in ihre Heimat abgeschoben zu haben, doch sind es insgesamt 27'051 Ausreisepflichtige. Beschwichtigend heisst es, viel weniger Menschen als damals 2005 kämen jetzt nach Deutschland. In Wahrheit

sind es jedes Jahr rund 122'000 Menschen – eine mittlere Grossstadt. Mehr denn je stellt sich die Frage nach der schwindenden Geduld des deutschen Steuerzahlers ...

Die Verhältnisse in der Schweiz dürften nicht minder desolat sein!



Bild zvg

# Experimente lösen Rechtsunsicherheit aus!

Von Lorenz Dreyer, 3764 Weissenburg

Seit 2007 haben wir die volle Personenfreizügigkeit mit der EU übernommen, seither müssen wir eine überdurchschnittliche Zuwanderung hinnehmen. Das Versprechen vom Bundesrat bei der Abstimmung von damals lautete: es würden acht- bis zehntausend Personen davon Gebrauch machen. Tatsache ist, dass in Spitzenjahren das Zehnfache an Nettozuwanderung in die Schweiz strömte. Personenkontrollen an den Grenzen sind laut Vertrag untersagt, was zu einer erschwerten Kriminalitätsverfolgung führt.

Die Jahre seit 2007 waren gesegnet von einer mehrheitlichen Vollbeschäftigung in der Schweiz und trotzdem ist das erarbeitete Finanzguthaben eines jeden in der Schweiz lebenden Bürgers gesunken. Es wird immer behauptet, die nötigen hochqualifizierten Arbeitskräfte würden ohne Personenfreizügigkeit fehlen. Solche Aussagen sind falsch! Die Schweiz hat vor 2007 immer die nötigen Arbeitskräfte erhalten.

Folglich leiden wir heute an überlasteten Verkehrsinfrastrukturen, an Kulturlandverschleiss, an Raub von unseren Sozialwerken, an Integrationsproblemen und und und. Das Experiment Personenfreizügigkeit ist definitiv gescheitert. Hierzu einen Vergleich: welcher Autofahrer sitzt hinter dem Steuer und steuert nicht selber? Das macht niemand! Darum muss auch die Schweiz die Zuwanderung wieder selber steuern! Es gibt auf der Welt meines Wissens kein einziges Land, das die Zuwanderung nicht eigenständig steuert, ausser der Schweiz!

Die ganze Angstmacherei erinnert sehr stark an die EWR Abstimmung von 1992. Sämtliche Wirtschaftsverbände und der Bundesrat sangen dasselbe Lied, die Wirtschaft könne nicht mehr exportieren, unser Land werde an die Wand gefahren, die Schweiz sei dann am Ende wenn der EWR abgelehnt werde. Was ist passiert, das Volk zeigte Vernunft, lehnte den EWR, das EU Diktat ab und unser Land wurde dadurch gestärkt, es herrschten klare Verhältnisse was für eine deutliche Verbesserung der Rechtssicherheit sprach. Ich hoffe, dass das Schweizervolk auch künftig verantwortungsvoll sowie einsichtig ist und zu Gunsten unserer Nachkommen entscheidet.

Sie finden auf unserer Homepage laufend die aktuellsten Informationen zur Ausländerpolitik der Schweiz.  
[www.pikom.ch](http://www.pikom.ch)

# Eine liberale Sicht auf das «Nein» des Bundesrates zum Rahmenabkommen



Von  
Robert Nef,  
Publizist,  
St. Gallen

**An der Veranstaltung der Progress-Foundation vom 31. Mai referierten Prof. Olivier Zimmer und Dr. Beat Kappeler zum Thema «Souveränität von unten. Die Schweiz im internationalen Umfeld.» Dabei stand natürlich aus Aktualitätsgründen das Nein des Bundesrates zum Rahmenabkommen im Vordergrund und es überraschte nicht, dass beide Referenten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums den Entscheid positiv bewerteten und in einen grösseren historischen und grundsatzpolitischen Zusammenhang stellten.**

**Der Kommentar von Robert Nef mit ergänzenden und weiterführenden Überlegungen:**

Es wird jetzt im Zusammenhang mit dem längst fälligen «Nein» des Bundesrates sehr viel Paradoxes kommuniziert, und der Ausgangspunkt ist immer die Irrmeinung, dass «Länder miteinander Handel treiben». Handel spielt sich nur in Statistiken zwischen Ländern ab, in der Wirklichkeit zwischen Anbietern und Nachfragern, die in der Regel auch von ihren eigenen Ländern durch regulatorische und fiskalische Massnahmen drangsaliiert werden. Die teilweise Reduktion oder Milderung oder Angleichung dieser Massnahmen durch Abkommen, und - im seltenen Idealfall - den Verzicht darauf, nennt man dann «Freihandelsverträge».

Dass dabei die Nationalstaaten oder Staatenverbände eine immer grössere Rolle spielen, hat vor allem zwei Gründe. In vielen Staaten der Welt ist die Wirtschaft verstaatlicht, teilverstaatlicht oder korporatistisch, mit «Primat der Politik». Wo die Wirtschaft institutionell noch Freiräume hat, zeigt sich, dass vor allem Grossfirmen, die staatliche oder staatsnahe Kunden haben, einen gewissen Protektionismus und eine gewisse Staatsnähe selbst anstreben, weil sie so auch ihre Stellung im Wettbewerb um politische Nischen und Vorteile stärken können. Natürlich hoffen sie auch, dass sie bei diesem Deal - oft auch dank ihren Lobbyisten im politischen System - am längeren Hebelarm sitzen. Das ist «crony capitalism», und ich nenne es Korporatismus, der ja seinerseits als System offen lässt, ob dann letztlich die organisierte Wirtschaft die Politik bestimmt oder die Politik die Wirtschaft oder eine subtile Mischung von beidem (wie im Staatskapitalismus).

All diese weltweiten Grundprobleme sind natürlich durch das Nein beim Rahmenabkommen nicht gelöst, aber man kann sie globaler und flexibler angehen.

Insgesamt hält sich meine Erleichterung über den Bundesratsentscheid in Grenzen. In Brüssel wird man die angebliche Verknüpfung der Verträge weiter als Möglichkeit der Erpressung nutzen, und ich bezweifle, dass auf Schweizer Seite die einzig mögliche Taktik gegen diese Erpressung, nämlich Unnachgiebigkeit und Retourkutschen wirklich erwogen wird. Die EU will (und braucht) vor allem eines: einen zusätzlichen Nettozahler. Zudem ist es für sie ärgerlich, dass sich «ausserhalb» so gut leben und wirtschaften lässt.

Es stimmt nicht, dass hier einfach das Spiel «Gross gegen Klein» gespielt wird, bei dem der grössere Fisch den kleineren früher oder später erwischt. Es geht um stärkere und schwächere Verhandlungspositionen. Der wahre Schwachpunkt auf Schweizer Seite ist m.E. die Tatsache, dass die hochbezahlten Manager vieler Schweizer Exporteure und auch viele Forscher (die nur zum Teil Schweizer sind) bereit sind, für kleinere kurzfristige ökonomische Vorteile, grössere längerfristige handels- und forschungspolitische Nachteile in Kauf zu nehmen und diesen Standpunkt mit Nachdruck in Politik und Medien einbringen, indem sie ihn als besonders weitsichtig und fortschrittlich bezeichnen.

Man will heute bei den «grossen Playern» in der Wirtschaft zu den «europäisch Systemrelevanten» gehören, damit man im Krisenfall die Rückendeckung beim Staatenverbund hat. Das ist «Korporatismus pur». Zudem ist die Cottier/ Hohenstein-Argumentation (im unsäglichen NZZ-Interview), der Vollbeitritt sei letztlich eine Frage der Zeit, der Vernunft und der «Reife», unter Intellektuellen aller Parteien weiter verbreitet, als dies medial wahrgenommen wird. Ich erinnere mich gut an die Bemerkung von aBR Couchepin, mit dem EU-Beitritt werde es gleich gehen wie mit dem Frauenstimmrecht... Die weltoffenen, fortschrittlichen Urbanen würden sich gegen die sturen konservativen «Ruralen» früher oder später durchsetzen.

Die Verknüpfung an sich eigenständiger Verträge durch die Guillotine-Klausel war offenbar ursprünglich eine vermeintliche «Schlaumeierei» der damals beitriffsbegeisterten Schweizer Unterhändler. Auch wenn der formelle Rahmenvertrag angeblich vom Tisch ist, die informelle Erpressungsverknüpfung eines informellen «Rahmens» werden wir nicht so schnell los. Trotzdem bleiben wir auf gute nachbarschaftliche Kontakte angewiesen, die aber sehr



Bild shutterstock.com

sorgfältig gegen die Vorteile des Universalitätsprinzips abgewogen werden müssen. Das Szenario eines «EU- Beitritt auf Raten» läuft – trotz gegenteiliger Rhetorik – weiter. Am heikelsten ist es bei technischen Netzwerken, bei denen man tatsächlich abgehängt bzw. unter Druck gesetzt werden kann, allem voran beim überlebenswichtigen elektrischen Strom.

Die Propagierung einer weltoffenen, freihändlerischen, globalistischen Schweiz, der das sozialstaatliche, merkantilistische Korsett der EU zu eng ist, wird immer wichtiger, aber das Konzept ist schwerer kommunizierbar als konservative Abwehrreflexe, die ich als Liberaler nicht teile.

Die Hauptchance eines Nichtbeitritts beruht auf dem Scheitern der EU am zerbröckelnden internen Umverteilungskonsens und an den antigermanischen Reflexen gegen Deutschland, die informelle politökonomische Führungsmacht der EU. Eine gewisse Führungsrolle der ökonomisch Tüchtigsten und politisch «Disziplinierbarsten» ist gerechtfertigt, doch sollte sie nicht als Instrument des Abhängig-Machens Dritter missbraucht werden, sonst wiederholt sich das Fehlexperiment des Imperialismus. Es lief letztlich zuungunsten der zunehmend verhassten Imperien und Kolonialmächte. Das ist alles auch eine Frage der Zeit.

Meines Erachtens wird ein Beitritt zu diesem imperialen und korporatistischen Denken verhafteten und in diesem Sinn überholten Gemeinschaftsprojekt immer unattraktiver. Nach innen stiftet es einen prekären Frieden zwischen Geber- und Empfängerländern und nach aussen provoziert es Konflikte. Ich bleibe – gemässigt – optimistisch, aber als überzeugter Gegner eines «Teil- oder Vollanschlusses an die EU» kämpferisch.



Komitee  
Nein zum schleichenden EU-Beitritt

# Zehntausend Afghanen – oder «dörfs es bitzeli meh sii»?



Von  
Andreas Glarner,  
Nationalrat,  
8966 Oberwil-Lieli

**Die Linken, die Grünen, die Halblinken und Amnesty International überschlagen sich mit Forderungen für die sofortige Aufnahme von mindestens zehntausend Afghanen in die Schweiz.**

In den Augen von Sozialisten à la Molina hat jeder Afghane das Recht, in die Schweiz zu migrieren. Okay, es sind ja auch nur 38 Millionen – da wird sich schon ein Plätzchen finden ... Und gleichzeitig soll den sich hier oft zu Unrecht und ohne jeden ernsthaften Asylgrund aufhaltenden Afghanen gleich das dauerhafte Aufenthaltsrecht und der Familiennachzug gewährt werden. Den Schweizerpass gibt's ja dann ein paar Jahre später automatisch ...

Natürlich ist die Situation in Afghanistan spätestens seit der Machtübernahme durch die Taliban höchst unangenehm und gefährlich. Allerdings haben die Afghanen ihr Land den Taliban offensichtlich kampflos überlassen. Aber Achtung: Wer wirklich an Leib und Leben gefährdet ist, flieht nicht in sein Wunschland, sondern muss im Nachbarland Zuflucht finden. Und schon gar nicht darf die Schweiz diese Leute direkt in unser Land holen – die EU notabene auch nicht! Der Pull-Effekt wäre allzu gross – und gerade, weil bereits über 17'000 Afghanen ständig in der Schweiz leben (und sich zusätzlich 12'000 im Asylprozess befinden) dürfen wir keineswegs die Schleusen noch weiter öffnen.

## **Keine Solidarität durch islamische Länder?**

Brüderlichkeit, Barmherzigkeit scheinen in der arabischen, islamischen Welt nicht gerade gross geschrieben zu werden. Man ist zwar solidarisch, wenn es um die Verteidigung des Islams, ja sogar des Islamismus geht – aber dann hört die Solidarität auf. Es gibt in den reichen Golfstaaten keine Sozialsysteme nach europäischem Vorbild. Die Golfstaaten handeln restriktiv nach dem Grundsatz, wer als Ausländer seinen Job verliert, der muss das Land verlassen. Und so will man die Glaubensbrüder lieber fern – wenn möglich sogar sehr fern halten.

## **Hilfe vor Ort – aber richtig**

Das einzig Richtige ist die Hilfe vor Ort. Wenn immer möglich direkt im betroffenen Land – sonst im unmittelbaren Nachbarland. Und ja, dort soll und muss die Schweiz auch helfen – und zwar schnell, unbürokratisch und effizient. Es müssen Camps mit kom-

pletter Infrastruktur beschafft und aufgestellt werden. Nahrungsmittel, Decken, Güter des täglichen Bedarfs und auch die Ent- und Versorgung von und mit Wasser muss sichergestellt werden.

Der Schreibende hat selbst mehrere von der UNO installierte Camps gesehen. Diese sind allesamt unwürdig und nicht auf einen längeren Aufenthalt ausgelegt. Hier kann die Expertise der Schweiz gute Dienste leisten!

## **Explodierende Sozialkosten**

Die nicht aus unserem Kulturkreis stammenden Afghanen sind erfahrungsgemäss nur sehr schwer zu integrieren. Wenn man nun davon ausgeht, dass 80 Prozent der von den Linken geforderten zehntausend Afghanen nicht in den Arbeitsprozess integriert werden können und ganz bescheiden gerechnet ein Afghane die Schweiz im Schnitt mindestens fünfzigtausend Franken pro Jahr kosten wird – dann kommen wir auf direkte Kosten von 400'000'000 Franken – pro Jahr, wohlverstanden.

Aber auch an den Schulen explodieren mit der Aufnahme von nur wenigen afghanischen Kindern die Kosten. Heilpädagogen, Schulpsychologen, Sonderschullehrer, Schulsozialarbeiter und weitere Berufsgattungen der Sozialindustrie geben sich die Klinke in die Hand. Die Kosten sind dann wie auf der Richterskala: Nach oben offen ... Darin eingerechnet sind noch nicht die Kosten für die Sozialarbeiter, die Übersetzer, die Polizei, die Justizbehörden, im Gesundheitswesen und weiteren Bereichen. Nicht zu vergessen: Alleine die im Jahr 2015 ins Land ge-

lassenen Wirtschaftsflüchtlinge verursachen in den Gemeinden direkte Kosten von einer Milliarde Franken – jährlich wiederkehrend.

## **Cui bono – wem nützt es?**

Was treibt denn linke Politiker dazu, solche Forderungen aufzustellen? Wie kommen Leute, welche angeblich nur das Beste für unser Land wollen, auf solch absurde Forderungen?

Doch wohl nur, um ihre Klientel mit weiteren Kunden zu versorgen und so in der sonst schon grassierenden Sozialindustrie wieder Tausende neuer Stellen zu schaffen.

## **Konflikt-Import**

Statt dankbar zu sein, dass sie in unserem Land Unterschlupf fanden, demonstrierten schon wenige Tage nach dem Fall des Regimes und der Machtübernahme durch die Taliban Afghanen auf dem Bundesplatz. Darunter gab es durchaus auch solche, welche für die Taliban votierten und demonstrierten.

Wehret den Anfängen – denn sonst holen wir uns diesen Konflikt direkt in unser friedliches Land. Auch in den Golfstaaten äussert man offen die Befürchtung, dass die Aufnahme von Flüchtlingen zu sozialen Unruhen führt und die doch sehr fragilen Staatssysteme ins Wanken bringen könnte. Man macht sich dort schlicht massive Sorgen um eine Bedrohung der nationalen Sicherheit. Diese Sorgen sollte sich die Schweiz gewiss auch machen.

## **Stadtzürcher Linke verteilen Bargeld an Migranten**

Von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen

Raphael Golta, SP-Stadtrat von Zürich, möchte gerne Stadtpräsident werden und muss sich darum profilieren. Er hat gemäss der NZZ die glorreiche Idee, den bedürftigen Migranten direkt Bargeld auszugeben. Die Migranten würden nämlich ihre Ansprüche auf Sozialhilfe nicht anmelden aus Angst, sonst aus der Schweiz ausgewiesen zu werden.

Das Ausländergesetz, das 2006 mit 68 Prozent von den Stimmbürgern angenommen wurde, sagt ganz klar: Wer als Ausländer dauerhaft und in erheblichem Mass Sozialhilfe bezieht, dem kann das Aufenthaltsrecht in der Schweiz entzogen werden. Der Stadtzürcher SP-Sozialvorsteher Raphael Golta bezeichnet den demokratischen Urnen-Entscheid als «Systemfehler» und das sei ein «Grundsatzproblem».

Jetzt verteilt Herr Golta im Rahmen eines Pilotprojekts namens «Basishilfe» via 4 Hilfsorganisatio-

nen versuchsweise 2 Millionen Franken direkt an Bedürftige, wenn sie keinen Schweizer Pass haben und sonst keine Hilfsgelder beziehen. Bezahlt wird auch an Sans-Papiers, also illegale, die gar nicht hier sein dürften. Dem Migrationsamt will er bewusst keine Meldung machen. Selbstverständlich wird die Anonymität der Geldbezieher gewahrt, sagt Raphael Golta.

Es ist klar, dass eine solche Bargeldverteilung im rot-grünen Zürich eine unglaubliche Sogwirkung haben wird und viele Leute ausserhalb von Zürich dieses Geld abholen wollen. Die Stadt Zürich kann so viel Geld zum Fenster rauswerfen wie sie will. Aber ganz sicher nur ihr eigenes. Es muss aufhören, dass Steuerzahler aus der Landschaft das Geld verteilen der linken Stadt mit Milliarden unterstützen müssen. Ich kann Ihnen versprechen: Sie werden von der SVP in diesem Zusammenhang in nächster Zukunft Genaueres hören!

# Ausländer in Deutschland: Jeder Vierte hat Migrationshintergrund



Bernhard Hess,  
a/Nationalrat, Bern



Thomas Fuchs,  
a/Nationalrat, a/Gross-  
rat, Stadtrat, Bern

Deutschland wird immer diverser: Der Anteil der Menschen mit ausländischen Wurzeln stieg von rund 18,7 Prozent im Jahr 2019 auf 26 Prozent. Dies geht 2021 aus einer Auswertung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) hervor. Demnach geht der Anstieg vor allem auf den Zugang von Arbeitskräften aus dem europäischen Ausland und die Zuwanderung aus Krisenregionen. Innerhalb Deutschlands zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede.

Während beispielsweise 36,5 Prozent der Bevölkerung Bremens einen Migrationshintergrund haben, trifft dies nur auf 7,8 Prozent der Thüringer Bevölkerung zu. In den anderen ostdeutschen Ländern liegen die Anteile nicht viel höher. Dagegen ist der Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund auch in Hamburg mit 33,9 Prozent und Berlin mit 33,1 Prozent relativ hoch. Grosse Städte und Ballungsräume ziehen dem BiB zufolge Neuankömmlinge besonders stark an, weshalb der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtstaaten höher ist als in Flächenländern. Aber auch wirtschaftlich starke Flächenländer mit grossen Verdichtungsräumen und international tätigen Unternehmen wie Hessen mit 34,4 Prozent oder Baden-Württemberg mit 33,8 Prozent haben einen hohen Anteil von Menschen mit ausländischen Wurzeln.

## Wirtschaftswunder und Anwerbestopp

Eine erste nichtdeutsche Migrationswelle setzte in den 1950er, 1960er und 1970er Jahren ein, als im Zuge des «Wirtschaftswunders» viele Millionen Arbeiter aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien, Türkei, Portugal, Marokko, Tunesien und Südkorea als Gastarbeiter beschäftigt wurden. 1973 wurde ein Anwerbestopp verhängt, die wichtigste Möglichkeit der Einwanderung war nun die Familienzusammenführung. Die nächsten Jahre waren geprägt von Bemühungen der Bundesregierungen von Helmut Schmidt und Helmut Kohl um Begrenzung der Zuwanderung oder Rückführung von ehemaligen Gastarbeitern in ihre Herkunftsländer, die aber nur mässig erfolgreich waren. Die Mehrheit der Gastarbeiter blieb damals nur für einige Zeit in Deutschland und kehrte dann wieder in ihre Herkunftsländer zurück. Jedoch blieben auch Millionen von Gastarbeitern langfristig in Deutschland.

## Grosszügige Asylpolitik

In den 1980er Jahren wurde die Debatte um Einwanderung vor allem durch teilweise sehr emotionale Auseinandersetzungen um das Asylrecht geprägt. Aufgrund politischer Ursachen wie den Libanonkrieg, den Kriegen in Afghanistan, den Ersten Golfkrieg, Konflikten und Kriegen in Afrika, der Verfolgung von Kurden oder in Folge der Iranischen Revolution oder des Vietnamkrieges (boat people) beantragten vor allem in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre und in den 1980er und 1990er Jahren zahlreiche Menschen in Deutschland Asyl. Dessen aus historischen Gründen sehr grosszügige Auslegung ermöglichte nicht nur Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten, sondern auch Arbeitsmigranten die Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland, die ansonsten stark erschwert worden war. So migrierten aus Ländern wie der Türkei auch nach dem Anwerbestopp 1973 eine grosse Anzahl an Leuten. Sie erhofften sich meist in Deutschland mehr Wohlstand und höhere Löhne. In den 1990ern wanderten auch viele Menschen im Zuge der Jugoslawienkriege aus den Balkanländern nach Deutschland, meist Kosovo-Albaner, Bosnier, Kroaten und Serben.

## Multikulturelle – multikriminelle Gesellschaft

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts der rot-grünen Bundesregierung Gerhard Schröders aus dem Jahr 2000 kann als Zeichen dafür gelten, dass sich Deutschland als Einwanderungsland und als multikulturelle Gesellschaft zu verstehen begann. Im Gegensatz zur alten Version des Gesetzes aus dem Jahr 1913, das gemäss dem *ius sanguinis* die deutsche Staatsangehörigkeit über die ethnische Herkunft bestimmte, nähert sich das neue Gesetz dem Normalfall westeuropäischer Einwanderungsgesellschaften, dem *ius soli* und gibt in Deutschland geborenen Einwanderern der zweiten Generation die Möglichkeit der Einbürgerung. Jedoch setzte in diesen Jahren auch eine Debatte um Integration und Integrationsdefizite vor allem muslimischer Einwanderer ein. Speziell ab 2015 beantragten Millionen Menschen, meist aus dem Nahen Osten (vor allem Syrien), Afghanistan sowie Afrika, in Deutschland Asyl.

In der Nacht vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016 kam es in Köln im Bereich von Hauptbahnhof und Dom zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch Gruppen junger Männer vornehmlich aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. In vielen Fällen wurden sowohl Sexual- als auch Eigentums- und Körperverletzungsdelikte verübt. Es wurden in der folgenden Zeit ca. 1'200 Strafanzeigen erstattet. Etwa die Hälfte betrafen auch Sexualdelikte. 290 Verdächtige konnten ermittelt werden, von denen 37 verurteilt wurden, davon sechs wegen sexueller Nötigung. Die Übergriffe erfuhren grosse nationale und internationale Beachtung. Der Polizei und der Bundes-

polizei wurde vorgeworfen, sie habe die Lage nicht unter Kontrolle gehabt und in ersten Berichten beschönigend dargestellt. Bemängelt wurde auch eine späte und zunächst zurückhaltende mediale Berichterstattung.

## Grenzen der Integrationsfähigkeit

Mittlerweile leben in Deutschland offiziell über 16 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln – aufgrund der fortgesetzten Masseneinwanderung und der überdurchschnittlich hohen Geburtenrate vor allem aussereuropäischer Bevölkerungsgruppen mit steigender Tendenz. Illegal in Deutschland lebende Ausländer belasten die Bilanz zusätzlich. In vielen grossstädtischen Ballungszentren nähert sich der Anteil Nichtdeutscher an der Wohnbevölkerung der 50-Prozent-Marke – diese Städte drohen ihren deutschen Charakter in absehbarer Zeit unwiderruflich zu verlieren. Die Auswirkungen sind schon heute vielerorts sichtbar: anatolische und arabische Banden, die ganze Viertel dominieren, Parallelgesellschaften mit eigenen Rechtsstrukturen, riesige Moscheen als Symbole einer unverhohlenen islamischen Landnahme sowie Schulen, an denen deutsche Kinder in der Minderheit sind. Schon jetzt sind Ausländer laut Polizei und Sicherheitsbehörden im Schnitt zu über 30 Prozent an in Deutschland verübten Kapitalverbrechen wie Mord, Totschlag und Vergewaltigung beteiligt. Die ungebremste Islamisierung verleiht dieser Entwicklung zusätzliche Brisanz.

Die durch die Masseneinwanderung verursachten Kosten einer aussichtslosen «Integration» gefährden den deutschen Sozialstaat. Jeder Deutsche muss statistisch pro Jahr mehr als 1.200 Euro für die «Integration» von Millionen in Deutschland lebenden Migranten berappen. Allein diese Zahl strafft die von den etablierten Parteien gebetsmühlenartig wiederholte Behauptung Lügen, die Bundesrepublik sei aufgrund des angeblichen «Fachkräftemangels» auf noch mehr Zuwanderung angewiesen. Die Wahrheit über die Fachkräftelüge ist: Millionen qualifizierter Deutscher sind heute arbeitslos, während der Grossteil der hier lebenden Ausländer nur über geringe schulische und berufliche Qualifikationen verfügt. Die völlig verfehlte Zuwanderungspolitik der etablierten Parteien bewirkt in erster Linie eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme und eine weitere unverantwortliche Belastung der deutschen Steuerzahler.

## Deutschland



Einwohner: 83,155 Millionen  
Ausländer: 12,7 Prozent  
Bereits erschienen:  
Dänemark, Grossbritannien

# Bundesrätin Sommaruga auf Arbeitsbesuch in Senegal und Ghana



Von  
Thomas Fuchs,  
aNationalrat, a/  
Grossrat, Stadtrat  
und Präsident des  
Parteiunabhängigen  
Informations-  
komitees PIKOM,  
Bern

**Bundesrätin Simonetta Sommaruga reiste vom 5. bis 9. Juli nach Senegal und Ghana. Bei den Gesprächen in beiden Ländern stand der Klimaschutz im Zentrum. In Senegal hat Bundesrätin Sommaruga ein Abkommen zum Klimaschutz unterzeichnet. Mit Ghana besteht bereits ein solches Abkommen.**

Dieselbe Bundesrätin schrieb kürzlich an mich als Präsidenten der Schweizerischen Vereinigung Pro Libertate: «Wir bitten Sie, zukünftig auf die Papierzustellung der PRO LIBERTATE Mitteilungen an Frau Simonetta Sommaruga zu verzichten. Um in unserem Departement einen weiteren Beitrag an den Umweltschutz zu leisten, informieren wir uns im Zeitalter der Digitalisierung hauptsächlich online. Besten Dank für Ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen, das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)». Wir haben dies zur Kenntnis genommen und die Anschrift von Frau Bundesrätin Sommaruga aus der Kartei gestrichen,

denn wir freuen uns, wenn das UVEK und ihre Vorsteherin als weiteren Beitrag an den Umweltschutz künftig auch auf teure Hochglanz-Broschüren, auf Konferenzteilnahmen mit dem Flugzeug oder auf Propaganda-Auftritte wie auf dem Titlis im Zuge der CO<sub>2</sub>-Abstimmung verzichten. Dank dem Nein zum CO<sub>2</sub>-Gesetz spart die Bundesverwaltung übrigens auch die geplanten 90 Vollzeitstellen ein, welche für die weitere Umsetzung notwendig geworden wären. Die wirksamsten Umwelt-Massnahmen sind doch immer noch diejenigen, welche.

Umsomehr erstaunen mich nun die Arbeitsbesuche in Senegal und Ghana. Die Schweiz hat im Klimaschutz schon immer eine Pionierrolle eingenommen: Sie hat einen Standard für internationale Klimaprojekte geschaffen, die die Menschenrechte und die Natur respektieren. In den letzten Monaten hat die Schweiz mit Ghana und mit Peru Abkommen unterzeichnet, welche es der Schweiz ermöglichen, CO<sub>2</sub>-Emissionen mit Projekten in diesen beiden Ländern zu kompensieren. Weitere solche Abkommen sind in Vorbereitung.

Anlässlich des Besuchs von Bundesrätin Sommaruga wird in Accra zudem die SECO-Länderstrategie Ghana lanciert. Ghana ist ein Schwerpunktland der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung des SECO. Für den Zeitraum von 2021 bis 2024 sind insgesamt 65 Millionen Franken für die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana vorgesehen. In Ghana wird Bundesrätin Sommaruga die Elektro-schrotthalde Agboghoshie besichtigen sowie eine

Plantage und eine Fabrik, die sich den nachhaltigen Anbau und die nachhaltige Produktion von Kakao spezialisiert haben. In Senegal steht ferner der Besuch der grössten Windanlage Westafrikas auf dem Programm.

Tönt alles sehr spannend. Diese Reise wirft für mich aber doch einige Fragen auf. Warum muss Frau Bundesrätin nach Ghana fliegen um dort ein Abkommen zum Klimaschutz zu unterzeichnen? Uns Normalsterblichen wird eingetrichtert, dass fliegen die Umwelt schädigt. Dies gilt offenbar für Bundesräte nicht und gebetsmühlenartig wird immer wieder gesagt, dass sich die Schweiz mit dem Unterzeichnen des Pariser-Abkommens zur Umsetzung von Massnahmen im Bereich Umweltschutz verpflichtet habe. Gerne würde ich wissen, wer die Kompetenz hatte für die Schweiz einen Vertrag zu unterzeichnen. Hätte man diesen Vertrag nicht dem Volk zum Entscheid vorlegen müssen?

## Spenden in WIR

Sie können Spenden an PIKOM auch in WIR tätigen.



Spenden in WIR bitte BA an PIKOM, 5000 Aarau senden.

PIKOM dankt herzlich für Ihre Unterstützung.

## Einladung zum Fachreferat

### Divisionär aD Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes spricht zum Thema:

### «Die nationale Sicherheit der Schweiz in einer instabilen Welt»



#### Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern

Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22  
(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27)

#### Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich

Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhau  
(neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

#### Beginn jeweils: 18.45 Uhr Apéro / 19.30 Uhr Referat

Organisiert durch:

**PRO + LIBERTATE**  
www.prolibertate.ch

**PIKOM**  
Parteiunabhängiges Informationskomitee  
www.pikom.ch

## Impressum

Herausgeber: PIKOM, 5000 Aarau

Telefon: 079 302 10 09 – Fax: 031 981 41 61

**Vorstand:** Stadtrat, alt Grossrat und alt Nationalrat Thomas Fuchs, Präsident, Bern – alt Nationalrätin Sylvia Flückiger, Vizepräsidentin, Schöftland – Nationalrat Andreas Glarner, Oberwil-Lieli – Nationalrätin und Frau Vizeammann Martina Bircher, Aarburg – alt Grossrätin Claudia Gubler-Hofmann, Beinwil am See – alt Grossrat Gregor Biffiger, Berikon – Manuela Kummli, Meisterschwanden – Stadtrat Janosch Weyermann, Bern – Pierre Juchli, Zürich – alt Grossrat Hans-Ulrich Gränicher, Revisor, Bern – Monika Kammermann, Revisorin, Bern

Homepage: www.pikom.ch

E-Mail: pikom@pikom.ch

IBAN CH44 0900 0000 6007 6254 9

Layout: P. Hofstetter, Lurtigen

Erscheint mindestens 4 x jährlich